

II-4530 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2226 /5

1992 -01- 2 2

A N F R A G E

der Abgeordneten Rudi Anschöber, Freunde und Freundinnen

an den Landwirtschaftsminister

betreffend aufklärungsbedürftiger Vorgänge rund um den Verkauf des Forsthauses
Steinbach am Attersee durch die Bundesforste

Das Forsthaus Steinbach wurde 1988 von einer Privatperson, dem Bankengeneral H., gepachtet. Vertraglich abgesichert wurde dabei, daß ein Investitionsvolumen von 633.000 vom Pachtpreis abgezogen würde. Tatsächlich überschritten die Baukosten diesen Betrag jedoch um rund 2,2 Mio ÖS. Die Bundesforste mußten nun entweder diese Kosten rückzahlen oder aber das Areal abgeben. Zweiteres soll nun inklusive eines Seegrundstückes von mehr als 4000 Quadratmeter zum Dumpingpreis von 7,6 Mio Schilling geschehen. Ohne öffentliche Ausschreibung und unter der völlig ungewöhnlichen grundbücherlichen Absicherung des Baderechtes für das Ehepaar H.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten deshalb an den Landwirtschaftsminister folgende schriftliche

A N F R A G E

1. Ist es richtig, daß beim Verkauf des Areals Forsthaus und Seegrundstücke Steinbach auf eine öffentliche Ausschreibung verzichtet wird? Wenn ja, mit welcher Argumentation?
2. Um welche Gesamtsumme soll das Areal verkauft werden? Welche Schätzgutachten liegen den Bundesforsten zur Preiskalkulation vor?
3. Warum wurde der gutachterlich festgestellte Mindestpreis für das Seegrundstück von 2200 ÖS/Quadratmeter auf 1600 gesenkt, obwohl dies weit unter dem üblichen Grundstückspreis vor Ort liegt?
4. Ist geplant, Herrn H. das Baderecht auf den Grundten der Bundesforste grundbücherlich bei Kauf der genannten Liegenschaft zuzusichern? Wenn ja, mit welcher Begründung? Wie verträgt sich dies mit der Intention auf freien Zugang von Seeufern?
5. Warum war es möglich, daß Herr H. statt der vereinbarten Investition von 633.000 ÖS rund 2,8 Mio in die gepachtete Liegenschaft investierte?
6. Warum wurden von den Bundesforsten nicht rechtzeitig die nötigen gerichtlichen Konsequenzen gezogen?